

## Commentaires Nr. 30

Frankfurt, 30. September 2023

Dass Politik mit langfristigen Zielen arbeiten sollte zeigen die drei letzten Monate. Es gilt für die deutsch-französischen Beziehungen, wie für das Verhältnis zu Russland und den USA.

Am 5. September titelte der Spiegel „*Frankreich, das bessere Deutschland*. Und hob hervor: „*Präsident Macron ist unpopulär, aber erfolgreich. Seine Reformen haben jenen Aufschwung gebracht, der hierzulande schmerzlich vermisst wird.*“ Betont wurde die Wachstumsschwäche: Deutschland ist das einzige G7 Land in Rezession, aufgrund innen- wie außenpolitischer Aspekte.

Die mangelhafte Infrastruktur (Schienennetz, Digitalisierung usw....), der fast doppelt so hohe Strompreis wie in Frankreich (respektive 26 und 15 cts pro kWh) sind das Ergebnis politischer Entscheidungen der letzten fünfzehn Jahre. Frankreich hingegen ist seit drei Jahren europäischer Spitzenreiter für ausländische Investitionen, Investoren werden vom Präsidenten im Rahmen des Unternehmengipfels „Choose France“ persönlich willkommen. Und die demografische Entwicklung schützt Frankreich deutlich besser als Deutschland vor dem Fachkräftemangel. „The Economist“ fragte sich am 19. August erneut auf der Titelseite, ob Deutschland nicht wieder zum kranken Mann Europas geworden sei- wie schon 1999. Damals folgte die „Agenda 2010“; Deutschland wurde zum Musterschüler und zeigt welche Entwicklungen möglich sind, wenn Politik Mut zeigt.

Und nun? Deutschland leidet wie Frankreich an der Zersplitterung seines politischen Systems und es kommt eine Regierung zustande, die sich nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen kann. So auch für Emmanuel Macron den nur knapp 28 % der Franzosen im ersten Wahlgang wählten. Bei den Parlamentswahlen verlor er die parlamentarische Mehrheit und muss seitdem für jedes Vorhaben neue Mehrheiten schmieden. Große Schritte werden unwahrscheinlich und in beiden Ländern profitiert die minimalistische Politik den Rechtsradikalen Bewegungen. In 15 der 27 EU-Staaten liegen Rechtsradikale nun über 20 %. Sie alle arbeiten daraufhin bei den Europawahlen 2024 zweitstärkste politische Kraft zu werden.

Drei Monate ist die Absage des ersten Staatsbesuch eines französischen Staatspräsidenten seit 23 Jahren her: Emmanuel Macron befürchtete eine neue Krise der „Banlieues“. Der Staatsbesuch sollte den deutsch-französischen Beziehungen einen neuen Schwung geben. Wie bitter nötig dies ist zeigen die vor über 30 Jahren ins Leben gerufenen Evian-Gespräche, bei welchen sich die Vorsitzenden der größten Konzerne beider Länder mit den politischen Entscheidern informell austauschen können. 2022 war Olaf Scholz noch Ehrengast. Aber er frustrierte die Teilnehmer, in dem er lange über Deutschland, kurz über Frankreich und gar nicht über das deutsch-französische Verhältnis sprach. Dieses Jahr nahm kein einziger Vertreter der deutschen Regierung teil. Die deutschen Unternehmen empfanden, dass Bruno Le Maire, der französische Wirtschafts- und Finanzminister eine gewisse Schadensfreude zeigen würde, weil es der französischen Wirtschaft besser als der deutschen geht.

Durch Nichthandeln wird kein Problem gelöst. Ganz im Gegenteil. Dadurch werden auf internationaler Bühne Wettbewerber aus den USA und China, und national die rechtsradikalen Kräfte gestärkt. Seit Jahrzehnten wird immer wieder betont, dass einzelne europäische Staaten zu klein sind, um sich international zu behaupten. Es ist also höchste Zeit unsere Interessensvertretung auf europäischer Ebene stärker zu bündeln und hierzu den Schulterchluss mit Frankreich umzusetzen, über die ritualisierten Freundschaftsbekundungen hinaus konkret. Es ist sogar erforderlich zu Zeiten in welchen die Wiederwahl eines Donald Trumps möglich ist: er würde seine „America First-Politik“ kompromisslos vorantreiben. Ukraine hin oder her.

Nur gemeinsam zu regeln sind Themen wie die Energie- und Umweltpolitik, die Zuwanderung bzw. Asylpolitik und die Verteidigung Europas .

In Fragen der **Migrationspolitik** führt uns die kleine italienische Insel Lampedusa, nur 180 Kilometer von Tunesien entfernt, die europäischer Machtlosigkeit vor Augen. Seit Jahresbeginn sind über 130 Tausend Flüchtlinge in Italien angekommen, deren ultimatives Ziel v.a. Deutschland vielmehr als Italien ist. Deshalb müssen die EU- Staaten Solidarität zeigen. Da ist ein Finanzpaket für Tunesien (in Höhe von 600 Millionen Euro) zu kurz gedacht. Es ist lediglich eine Wiederholung der Praxis mit der Türkei und erhöht unsere Abhängigkeit von „nicht lupenreinen-Demokraten“. Es müssen langfristige Lösungen gefunden werden, welche die Afrika-Abwanderung überflüssig machen, i.e. Arbeitsplätze in den Herkunftsländern fördern. Der afrikanische Kontinent wird derzeit eher Opfer des Klimawandels beschrieben. Dabei wird er ein wesentlicher Baustein bei den Lösungen sein. Europa hat Interesse an der dortigen Herstellung von erneuerbaren Energien, bis hin zum Wasserstoff.

Ein Element einer solchen **gemeinsamen Energiepolitik** wird ab dem 1. Oktober umgesetzt. Die CO<sub>2</sub>-Belastungen von energieintensiven Produkten wie Stahl oder Aluminium müssen bei außereuropäischen Importen gemeldet werden. Dies wird die Grundlage für die ab 1. Januar 2026 anfallende CO<sub>2</sub> Steuer, eine wesentliche Maßnahme des europäischen „Green Deals“. Aufgrund des niedrigen Schwellenwerts von 350 Euro müssen ca. hunderttausend europäische Unternehmen eine solche Meldung vornehmen. Offen bleibt ein Energiemix auf welchen sich die Europäer verständigen. So meint z.B. Agnes Pannier-Runacher, die für die Energiewende zuständige französische Ministerin, anlässlich der Eröffnung der Internationalen Konferenz über Atomenergie, dass eine Verdreifachung des Atomstroms erforderlich sei um die CO<sub>2</sub> Neutralität bis 2050 zu ermöglichen.

Wenig wird über die Auswirkungen der Energiewende auf den **sozialen Zusammenhalt** diskutiert. Dabei sind die neuen Herausforderungen der Elektromobilität, der Gebäudesanierung zusätzliche Ausgrenzungsfaktoren, weil die damit verbundenen Kosten gerade für Sozialschwache kaum bzw. nicht zu leisten sind. Diese soziale Herausforderung lag schon die Bewegung der „Gilets jaunes“ zu Grunde.

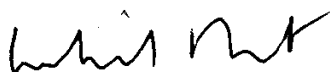
Für die **europäische Sicherheit** gibt die provisorische Verabschiedung des US-Haushalts zu denken: Die Vermeidung der amerikanischen Zahlungsunfähigkeit war zunächst- bis Mitte November- nur mit der Suspendierung der Hilfen an die Ukraine möglich - aufgrund radikaler Republikaner. Dabei ist die Verteidigung der Ukraine derzeit ohne die USA, von denen über 50 % der Militärkosten kommen, unmöglich,.

#### Ukraine-Hilfe

	Insgesamt	Finanziell	Humanitär	Militär
USA	69,5	23,9	3,5	42,1
UK	13,8	6,6	0,6	6,6
EU insgesamt	131,9	83,4	8,2	40,3
EU	27,5	77,1	2,1	5,6
Deutschland	7,3	1,3	2,4	17,1
Frankreich	1,5	0,8	0,4	0,5
Polen	4,3	0,9	0,4	3,0

Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft, Ukraine support Tracker, Daten per 30. September 2023

Es ist also unentbehrlich, dass die EU-Staaten der notwendige finanzielle Spielraum für Zusatzausgaben z.B. für die europäische Verteidigung und/oder die Energiewende schaffen- allen voran Frankreich (und Italien),- Und dies obwohl die französische Zinslast sich bis 2027 auf 74 Milliarden Euro verdoppeln wird (!)



Christophe Braouet

## Commentaires Nr. 30

Francfort, 30 septembre 2023

Les trois derniers mois illustrent la nécessité de gouverner pour le long terme. Cela vaut pour les relations franco-allemandes, comme pour notre rapport aux Etats-Unis et à la Russie.

L'hebdomadaire „Spiegel“ titrait le 5 septembre dernier „La France: l'Allemagne en mieux“ et soulignait que „le Président Macron était impopulaire, mais couronné de succès. Ses réformes ont permis la croissance, qui fait si cruellement défaut ici.“ L'Allemagne est en effet le seul pays du G 7 en récession, à cause d'aspects domestiques et internationaux.

Des infrastructures déficientes (réseau ferré, digitalisation etc..), un prix de l'électricité presque deux fois plus élevé qu'en France (respectivement 26 et 15 cts/KWh) sont le résultat des décisions politiques des quinze dernières années. La France par contre est en tête des pays d'accueil concernant les investissements directs étrangers pour la troisième année consécutive, les entrepreneurs étant déclarés les bienvenus par le Président lui-même dans le cadre de "Choose France". Et face à la pénurie de main d'œuvre qualifiée l'évolution démographique protège la France mieux que l'Allemagne. „The Economist“ se demandait à nouveau le 19 août dernier, si l'Allemagne n'était pas redevenue l'homme malade de l'Europe“, comme en 1999, Cette année-là, les réformes du chancelier Schroeder ("l'agenda 2010") transformaient l'Allemagne en élève modèle et illustraient les changements rendus possibles par une politique courageuse.

Et maintenant? L'Allemagne souffre tout comme la France de l'éclatement de son système partisan et son gouvernement ne peut s'unir que sur le plus petit dénominateur commun. Il en va de même pour Emmanuel Macron, élu au premier tour de la présidentielle par seulement 28 % des Français. La majorité absolue perdue à l'Assemblée nationale rend nécessaire la recherche de majorités texte par texte. Les grandes décisions deviennent improbables et l'extrême-droite se renforce de part et d'autre du Rhin. La droite radicale dépasse désormais 20 % des voix dans 15 des 27 pays de l'Union européenne., et vise à devenir seconde force politique à l'échelon européen à l'occasion des européennes de 2024.

Le report de la première visite d'État d'un Président français en Allemagne depuis 23 ans ne remonte qu'à trois mois et fut motivé par la crainte de nouvelles secousses dans les banlieues. Cette visite devait relancer les relations franco-allemandes, qui en ont bien besoin, comme le montrent les rencontres d'Évian, créées voici 30 ans et qui permettent aux chefs des grands groupes franco-allemands d'échanger avec les dirigeants politiques des deux pays. En 2022, le chancelier Scholz était encore invité d'honneur. Mais il a frustré les participants, parlant longuement de l'Allemagne, un peu de la France et pas du tout des relations franco-allemandes. Cette année, le gouvernement allemand fut totalement absent. Les patrons allemands ont été choqué du malin plaisir qu'aurait pris Bruno Le Maire à décrire une France mieux-portante que l'Allemagne.

L'inaction n'est pas une solution. Bien au contraire, elle renforce les Etats-Unis et la Chine au plan international et les partis extrêmes sur le plan national. Et pourtant, cela fait des décennies que l'on dit chaque État pris isolément est trop petit pour s'affirmer internationalement. Il est grand temps de renforcer la défense de nos intérêts à l'échelon européen et de rechercher l'union des forces entre la France et l'Allemagne. C'est même nécessaire à l'heure où la réélection de Donald Trump devient possible : nul doute qu'il mettrait en œuvre sans coup férir „sa“ politique „America First“ : peu importe l'Ukraine.

Ce n'est qu'ensemble que des thèmes tels que ceux de la migration, de l'énergie et de l'environnement ou encore de la sécurité peuvent être abordés efficacement.

La petite île de Lampedusa à 180 kilomètres des côtes tunisiennes illustre **l'impuissance européenne en matière migratoire**. Plus de 130.000 réfugiés sont arrivés en Italie depuis le début de l'année, alors que l'Allemagne -entre autres- est le but ultime de leur périple. C'est la raison pour laquelle l'Union européenne doit trouver un accord. Verser 600 millions d'Euros par an à la Tunisie n'est pas une solution. Tout au plus est-ce la répétition de l'accord passé avec la Turquie et augmente la dépendance à l'égard de régimes peu démocratiques. Ce sont des mesures de long terme qui sont requises pour rendre la migration africaine et moyen-orientale superflue c'est-à-dire créer des emplois. Le continent africain est une victime du changement climatique. Il pourrait être un maillon essentiel des solutions à y apporter. L'Europe a intérêt à y favoriser la production d'énergies renouvelables pour les importer, le cas échéant sous forme d'hydrogène.

Un élément de cette **politique énergétique** commune a été mis en place le 1er octobre. Le contenu en CO2 des produits à forte intensité énergétique, comme l'acier ou l'aluminium doivent dorénavant être déclarés. Ces déclarations servent de base à la mise en place de la taxe carbone aux frontières extra-européennes. Elle qui sera prélevée à compter du 1er Janvier 2026, une mesure phare du Green Deal de la Commission européenne. Le seuil à partir duquel les déclarations doivent être effectuées étant de 350 Euros, seulement, environ 100.000 entreprises devront y procéder. Reste notamment à définir une mixe énergétique sur lequel les États de l'Union parviendront à s'unir. Agnès Pannier-Runacher, la ministre en charge de la transition énergétique a par exemple estimé qu'il fallait tripler la production d'énergie nucléaire pour parvenir à la neutralité carbone d'ici 2050.

Peu de cas est fait des **conséquences sociales du changement énergétique**. Alors même que la mobilité électrique, l'isolation des bâtiments sont autant de dépenses supplémentaires que les plus démunis ne seront pas en mesure d'assurer. Ces enjeux sociaux furent déjà à l'origine du mouvement des „gilets jaunes“.

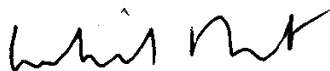
Quant à la **sécurité européenne**, l'adoption provisoire du budget des Etats-Unis nous donne un motif d'inquiétude. L'insolvabilité américaine a été évité – tout au moins jusqu'à la mi-novembre – au prix de la suspension de toute aide à l'Ukraine., à cause de quelques députés républicains extrémistes. Et ce, alors que la défense de l'Ukraine est impossible sans l'appui américain, qui assure la moitié de la facture militaire.

#### Aide à l'Ukraine

	Total	Aide financière	Humanitaire	Militaire
Etats-Unis	69,5	23,9	3,5	42,1
Grande-Bretagne	13,8	6,6	0,6	6,6
Total Europe	131,9	83,4	8,2	40,3
UE	27,5	77,1	2,1	5,6
Allemagne	7,3	1,3	2,4	17,1
France	1,5	0,8	0,4	0,5
Pologne	4,3	0,9	0,4	3,0

Source: Kieler Institut für Weltwirtschaft, Ukraine support tracker, données au 30 septembre 2023

Il est donc indispensable de créer les marges de manœuvre budgétaires pour financer les surcoûts à venir en matière de défense et de conversion de l'économie aux énergies renouvelables, France (et Italie) en tête. Et ceci alors que la charge de la dette de l'Etat français va doubler d'ici 2027 pour atteindre 74 milliards d'euros.



Christophe Braouet